

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim

Jahresbericht 2004

Mai 2005

Konflikt
Kooperation

Forschungsschwerpunkt
Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa
an der Universität Mannheim
(FKKS)

Seminargebäude A 5
68131 Mannheim

Telefon: +49 621 181-2088
Telefax: +49 621 181-2087
E-Mail: lsjahn@sowi.uni-mannheim.de

www.uni-mannheim.de/fkks

INHALT

		Seite
1	FORSCHUNGSSCHWERPUNKT	2
2	ENTWICKLUNG IM JAHR 2004	3
3	FORSCHUNGSPROJEKTE	4
4	AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN	5
4.1	Publikationsreihen des FKKS	5
4.2	Nachwuchsförderung	5
5	VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER	11
5.1	Publikationen	11
5.2	Forschungsaufenthalte, Vorträge und Konferenzen	12
6	LEHRVERANSTALTUNGEN	15
7	BIBLIOTHEK	16

1 FORSCHUNGSSCHWERPUNKT

Leitung: Prof. Dr. Egbert Jahn

Mitarbeiter: Markus Bieniek M.A.*
Rolf Peter M.A.*
Dr. Astrid Sahn **
Susan Stewart M.A.*

Ein Teil der wissenschaftlichen Mitarbeiter war im Jahr 2004 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (*) oder am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte (**) beschäftigt, die anderen wirkten aufgrund anderweitiger Finanzierung an den Arbeiten des FKKS mit.

Sekretariat: Olga Tscherer**

Geprüfte Hilfskräfte: Andrijana Preuss, Mario Dragicevic

Wissenschaftliche Hilfskräfte: Efkan Barin, Konstantin Derkatschew, Hagen Ettner, Josef Fetsch, Hannes Lambrecht, Heike List, Gwendolyn Schrott, Florian Strasser, Bastian Veigel, Dorothea Wolf

Zielsetzungen:

Der Forschungsschwerpunkt Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa (FKKS) besteht seit Oktober 1993 am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) und am Lehrstuhl für Politische Wissenschaft und Zeitgeschichte an der Universität Mannheim. Er wurde am 18. Mai 1992 an der J. W. Goethe - Universität Frankfurt am Main (unter dem Namen: Forschungsstelle Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Ostmitteleuropa, Südosteuropa und Eurasien) gegründet und befaßt sich mit ausgewählten Problemen der gesellschaftlichen und staatlichen Transformation der ehemaligen sozialistischen Länder Osteuropas und der Sowjetunion nach dem Zusammenbruch der kommunistischen Parteiherrschaft.

Der Forschungsschwerpunkt konzentriert sich in seiner Arbeit in ausgewählten Fällen und im systematischen Vergleich auf die Ursachen und Entstehung von Konflikten, die Eskalation von Konflikten bis zur gewaltsamen und kriegerischen Austragung sowie auf Beispiele friedlicher Konflikttransformation, die zur Entwicklung von kooperativen Strukturen zwischen den sozialen und nationalen Gruppierungen und zwischen den Staaten im östlichen OSZE-Raum führt.

Die **Aufgaben** des FKKS sind:

- Forschung**
- Nachwuchsausbildung**
- Wissenstransfer**
- Politikberatung**
- Veranstaltung von Konferenzen und Symposien**

Wichtige **Bereiche der Forschung** sind:

1. **Nationalitätenpolitik** einzelner Staaten und im Vergleich
2. **Außen- und Sicherheitspolitik** einzelner Staaten und in der Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau
3. **staatliche und sozioökonomische Ordnungspolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses
4. **Umweltpolitik** im Zusammenhang des Nations- und Staatsbildungsprozesses und der internationalen Kooperation

2 ENTWICKLUNG IM JAHR 2004

Im Blick auf den bevorstehenden Ruhestand des FKKS-Leiters und damit auf das Ende der bisherigen Osteuropaforschung in Verbindung mit einem Lehrstuhl der Fakultät für Sozialwissenschaften in Mannheim konzentrierte sich die Arbeit im Jahre 2004 auf den Abschluß der laufenden Projektarbeiten. Weitere Mitarbeiter haben den FKKS verlassen: Markus Bieniek und Rolf Peter. Allerdings wurden auch neue Projekte in Angriff genommen, die am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung bearbeitet werden sollen. Das in Aussicht genommene Forschungsfeld wird sich mit der internationalen, europäischen und nationalen Konfliktregulierung und Friedensaufbaumaßnahmen mit besonderer Berücksichtigung des Balkans und des Kaukasus befassen. Damit steht nach der Analyse ethnonationaler Konflikte und der Nationalstaatsbildung sowie der asymmetrischen Integrationskonkurrenz zwischen Brüssel und Moskau nunmehr der friedenspolitische Umgang mit den innerstaatlichen und zwischenstaatlichen Konflikten im Blickfeld unserer Forschung. Zur Vorbereitung der neuen Projekte diente auch ein Forschungsaufenthalt des FKKS-Leiters in Baku/Aserbaidschan, Tiflis/Georgien und Jerewan/Armenien im September. Zur neuen Forschungsthematik ist im Herbst 2004 bereits eine Studie „Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar“ von Andrijana Preuss als Band 11 der „Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten“ erschienen.

Markus Bieniek hat das von ihm bearbeitete Projekt erfolgreich seine Dissertation zum Projektthema „Polens Westintegration und Ostpolitik: Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich“ abgeschlossen und wird im Januar 2005 die Promotion vollenden. Auch die Dissertationen von Volker Weichsel zur tschechischen Westintegration und Ostpolitik und von Rolf Peter zur rußländischen Europapolitik stehen kurz vor dem Abschluß.

In den Untersuchungen des FKKS ist 2004 die angekündigte Studie von Margarita M. Balmaceda „Explaining the Management of Energy Dependency in Ukraine“ als Heft 30 erschienen.

FKKS-Mitarbeiter haben im Laufe des Jahres wichtige Beiträge zu Schwerpunktheften der Zeitschrift „Osteuropa“ geleistet, insbesondere zu den Bänden über Belarus (Heft 2) und den Holodomor in der Ukraine (Heft 12).

Egbert Jahn

3 FORSCHUNGSPROJEKTE

Die Verknüpfung von Westintegration und Ostpolitik nach den Vorstellungen polnischer und tschechischer politischer Akteure (abgeschlossen)

Bearbeiter: Markus Bieniek

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1999)

Die ‚zweite nationale Wiedergeburt‘. Nationalismus, nationale Bewegungen und Nationalstaatsbildung in der spät- und postkommunistischen Gesellschaft (laufend)

Bearbeiter: Egbert Jahn und ca. 50 Mannheimer und auswärtige Wissenschaftler

Finanzierung: VolkswagenStiftung (zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1996)

Zur Vermittlung von Integrationsprozessen in der GUS und in Gesamteuropa aus der Sicht rußländischer politischer Akteure (laufend)

Bearbeiter: Rolf Peter

Finanzierung: VolkswagenStiftung (zur Projektbeschreibung siehe Jahresbericht 1999)

Internationale Bearbeitung von ethnonationalen Konflikten in Osteuropa (laufend)

Bearbeiterin: Susan Stewart

Finanzierung: DFG

Autoritäre Integration oder demokratische Kooperation? Der Kaukasus im Spannungsfeld zwischen Brüssel und Moskau (laufend)

Bearbeiter: N.N.

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

Internationale Unterstützung von Demokratisierungsprozessen in Mittel- und Osteuropa am Beispiel des NGO-Sektors (laufend)

Bearbeiterin: Susan Stewart

Finanzierung: Anschubfinanzierung des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung

4 AUSBILDUNGS-, VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGS-AKTIVITÄTEN

4.1 PUBLIKATIONSREIHEN DES FKKS

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

Band 11 Andrijana Preuss, Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnonationalen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar, Lit Verlag, Münster 2005

Untersuchungen des FKKS

30/2004 Margarita M. Balmaceda, Explaining the Management of Energy Dependency in Ukraine. Possibilities and Limits of a Domestic-Centered Perspective

4.2 NACHWUCHSFÖRDERUNG

Im Berichtsjahr wurden folgende Arbeiten – außer den in Abschnitt 3 bereits erwähnten – abgeschlossen:

Markus Bieniek: „Polens Westintegration und Ostpolitik. Vorstellungen unterschiedlicher politischer Kräfte im Vergleich“ (Inauguraldissertation 2004)

Das Ziel der Forschungsarbeit war die Erfassung und eine vergleichende Analyse der europapolitischen Vorstellungen relevanter politischer Kräfte Polens. Mittels eines synchronen Vergleichs wurde in einem insgesamt sehr heterogenen politischen Spektrum Polens eine Vielfalt von außenpolitischen Handlungsoptionen identifiziert, die von einer raschen Integration Polens in die EU über unterschiedliche, auf die Erhaltung der nationalstaatlichen Souveränität zentrierte Modi einer kontrollierten Eingliederung in die sicherheits- und wirtschaftspolitischen Strukturen des Westens bis zu einem isolationistischen Alleinweg Polens in Europa reichten. Während die liberalen Kräfte bereits seit Anfang der 1990er Jahre über eine klare und differenzierte Programmatik verfügten, die auf allen Ebenen insgesamt am deutlichsten die Westintegration Polens anstrebte, verfolgten die konservativen Kräfte zielstrebig eine konsequente Hinwendung zum Westen nur auf der Ebene der sicherheitspolitischen Integration, die durch die Wahrnehmung Rußlands als eine imperiale Großmacht bedingt war. Auf der wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Ebene dominierten die nationale Akzentsetzung und die eindeutige Ablehnung einer weitreichenden Integration Gesamteuropas. Einen auf die Erhaltung der nationalen Souveränität zentrierten Kurs verfolgte ebenfalls die Nachfolgerpartei der ehemaligen Blockpartei, die Bauernpartei PSL.

Vor allem auf der wirtschaftspolitischen Ebene war im vergangenen Jahrzehnt ein Schwanken der Bauernpolitiker zwischen wenig konsequenten Bekenntnissen zu der offiziellen, von den liberalen Kräften formulierten, polnischen Staatsräson einerseits und Forderungen nach der Erhaltung der nationalen wirtschaftlichen Strukturen und dem Ausbau der Beziehungen zu Rußland andererseits zu beobachten. Einen enormen Wählerzuwachs konnten in den letzten Jahren schließlich die politischen Kräfte verbuchen, die eine weitreichende Anbindung Polens an die westeuropäischen oder auch osteuropäischen Strukturen als bedrohlich für das nationale Selbstverständnis bewerten und daher für einen *Alleingang* Polens in Europa plädieren. Neben Befürchtungen, das vereinigte Deutschland

könnte in Europa eine dominante Position einnehmen, äußerten diese Kräfte Ängste insbesondere im Hinblick auf den Verlust der nationalen Souveränität und Identität im Zuge der Westintegration sowie auf die sinkende Bedeutung christlicher Werte. Auf der Inszenierung der Gegensätze zu anderen politischen Kräften mittels einer aggressiv-militanten Sprache bauten diese radikalen Kräfte ihr gesamtes politisches Dasein auf. Sie konnten nach 2001 den Anteil der Stimmen im polnischen Parlament auf zwanzig Prozent ausbauen, die den Anteil der Integrationsgegner in der polnischen Bevölkerung abbilden.

Mittels eines diachronen Vergleichs war festzustellen, daß Kontinuität aber auch Prozesse des Wandels die Entwicklung der Orientierungen nach 1990 prägten. Mit Ausnahme der exkommunistischen SLD zeigten die Vorstellungen aller politischen Kräfte Polens aufgrund ihrer Verortung in den traditionellen Mustern der polnischen Geschichte eine weitgehende Beständigkeit im gesamten Untersuchungszeitraum. Die Integrationsvorstellungen der Nachfolgerpartei der kommunistischen PZPR, der SLD, in der die traditionell auf die Zusammenarbeit mit Rußland ausgerichteten Eliten im Zuge des innerparteilichen Generationswechsels ausgetauscht wurden, wiesen indes in den einzelnen Phasen der Annäherung an EU und NATO eine systematische inhaltliche Angleichung an die Integrationsvorstellungen der liberalen Kräfte auf. Als sehr beständig erwies sich des Weiteren der Konflikt zwischen den liberalen und exkommunistischen Kräften einerseits und den konservativen Kräften andererseits. Das gesamte Integrationskonzept der liberalen und der exkommunistischen Kräfte angegriffen und der Absicht der Auslieferung Polens an einen „europäischen Superstaat“ bezichtigt. Zum einen konnten die konservativen Politiker durch eine solche hochpolarisierte Gegnere Auffassung das eigene zersplitterte politische Lager immer wieder mobilisieren und zeitweise auf eine Linie bringen. Zum anderen suchten sie, durch die direkte Diffamierung der politischen Konkurrenten und die Abwertung ihrer gesellschaftspolitischen Orientierungen die weltanschaulich-ideologische Hegemonie des eigenen politischen Lagers im öffentlichen Leben Polens zu erlangen.

Trotz aller vorgefundenen Differenzen in den außenpolitischen Vorstellungen der relevanten politischen Kräfte Polens konnte dennoch ein lagerübergreifendes Bewußtsein um die Gefahr der Entstehung eines erneuten „Eisernen Vorhangs“ an der östlichen Grenze Polens beobachtet werden. Eine Kluft mit den östlichen Nachbarn wünschten weder die vehementesten Gegner jeglicher Integrationsprozesse noch die eifrigsten Befürworter der Westintegration Polens. Als dominant erwiesen sich dabei weitreichende ostpolitische Pläne, die einer eindeutig pro-ukrainischen oder pro-russischen Variante auswichen und darauf abzielten, gegenüber allen Staaten im Osten Europas integrativ zu wirken und Polarisierungen zu vermeiden. Sowohl die Stärkung der prowestlichen Orientierung der Ukraine und ihre graduelle Einbeziehung in den europäischen Einigungsprozeß als auch ein intensiver Ausbau der wirtschaftlichen Beziehungen mit Rußland standen im Vordergrund. Grundsätzlich wurde die internationale Stellung Polens von den politischen Akteuren lagerübergreifend sehr stark durch das Prisma seiner geographischen Lage wahrgenommen und interpretiert. Gegenüber den möglichen Bedrohungen aus den großen Nachbarstaaten wurde eine vielseitige Ausbalancierungspolitik gefordert, welche die Sicherung der Präsenz der USA in Europa zur Ausbalancierung Deutschlands und Rußlands verlangte. Zudem wurde eine besondere Rolle Polens in der EU als eine führende regionale Macht unter den neuen Beitrittsstaaten immer stärker als außenpolitische Zielsetzung angedeutet. So solle Polen die Bedeutung der östlichen Region Europas für die europäische Einheit auf der gesamteuropäischen Ebene unterstreichen und als eine regionale Führungsmacht selbst eine wichtige Funktion für die Herstellung und Aufrechterhaltung der Stabilität im östlichen Teil Europas erfüllen. Durch die Wahrnehmung dieser regionalen Rolle wurde der gesamt-polnische Anspruch bekräftigt, in der EU einen mit Deutschland oder Frankreich vergleichbaren Machtrang erhalten zu wollen.

Sebastian Burghof: „Gewaltmindernde Faktoren ethischer Konflikte in Mazedonien“ (Magisterarbeit 2004)

Die Arbeit untersucht die gewaltmindernden bzw. gewaltverhindernden Faktoren in drei ethnischen Konflikten Mazedoniens – dem albanisch-mazedonischen, dem serbisch-mazedonischen sowie dem roma-mazedonischen – den Zeitraum zwischen 1991 und 2003. Ethnische Gruppen können für ihr Handeln innerhalb eines Politischen Systems zwischen drei unterschiedlichen Handlungsformen wählen: Partizipation, Protest und Rebellion. Innerhalb der Arbeit wird untersucht, welche Faktoren dazu geführt haben, dass die drei ethnischen Gruppen in Mazedonien vorwiegend Partizipation und Protest wählten. Dazu werden entsprechend wirkende Faktoren auf der Ebene der Handlungsfähigkeit der ethnischen Gruppe, ihrer innerstaatlichen sowie ihrer internationalen Möglichkeitsstruktur analysiert und identifiziert. Die Handlungsfähigkeit der Gruppe wird u. a. durch die Größe der Gruppe, ihre Siedlungsstruktur sowie die Anreize zum kollektiven Handeln bestimmt. Zur innerstaatlichen Möglichkeitsstruktur gehören u.a. die Partizipationsmöglichkeiten der ethnischen Gruppe und die konkrete Regierungspolitik. Die internationale Möglichkeitsstruktur beinhaltet Faktoren wie die Einflüsse von Nachbarstaaten und Nachbarregionen sowie die Tätigkeit von internationalen Organisationen.

Die zentrale These der Arbeit lautet, dass die Anwendung von Gewalt in den verschiedenen ethnischen Konflikten Mazedoniens deswegen wesentlich niedriger als in anderen Teilen der ehemaligen SFR Jugoslawien war, weil jeweils unterschiedliche Faktoren auf den drei genannten Ebenen gewaltverhindernd bzw. gewaltmindernd wirkten.

Im albanisch-mazedonischen Konflikt waren die Handlungsfähigkeit der Gruppe und die Anreize zum kollektiven Handeln innerhalb der mazedonischen Gesellschaft besonders stark ausgeprägt. Allerdings wirkten Faktoren wie die politische Zersplitterung der Albaner deren einheitlicher Mobilisierung entgegen. Die Analyse der innerstaatlichen Möglichkeitsstruktur zeigte, dass besonders deren verfassungsrechtliche Anerkennung stark eingeschränkt wurde. Diese Faktoren wirkten nur in sehr geringem Maße eskalationshemmend. Die permanente Integration der Albaner in die Regierung Mazedoniens wirkte allerdings stark gewalthemmend. Im Bereich der internationalen Möglichkeitsstruktur ist festzustellen, dass der ethnische Konflikt zwischen Serben und Albanern im Kosovo wohl einen großen Einfluss auf die Entwicklung in Mazedonien ausübte, insbesondere während der gewaltsamen Eskalation 2001. Gleichzeitig bemühten sich internationale Akteure wie die EU, NATO oder die OSZE seit der Unabhängigkeit des Landes um friedliche Beziehungen. Diese Faktoren wirkten beim ethnischen Konflikt zwischen Albaner und Mazedoniern gewaltmindernd. Insgesamt verhinderten also zuerst die Faktoren auf der Ebene der Handlungsfähigkeit der Gruppe und der innerstaatlichen Möglichkeitsstruktur eine Eskalation. Nachdem deren Wirkung aber 2001 nachließ, waren es besonders die Bemühungen internationaler Akteure, die eine weitere Eskalation verhinderten bzw. eine Deeskalation eingeleitet.

Der Konflikt zwischen Serben und Mazedoniern verlief während der gesamten Untersuchungsperiode gewaltfrei. Die Handlungsfähigkeit der Serben war wegen ihrer geringen Größe und besonders wegen ihrer politischen Zersplitterung sehr begrenzt. Innerstaatlich besaß diese ethnische Gruppe seit der Unabhängigkeit keine Repräsentation, weder im Parlament, noch in der Regierung. Allerdings reagierte die mazedonische Regierung sehr schnell auf die Beschwerden im Bereich der Schulpolitik. Besonders dieser Punkt wirkte eskalationshemmend. Die Regierung des Nachbarstaates Jugoslawien beeinflusste diesen Konflikt auf der internationalen Ebene sehr stark. Zwischen ihr und den Parteien der Serben in Mazedonien bestanden intensive Kontakte. Dabei wirkte die jugoslawische Regierung besonders auf ein verfassungskonformes Verhalten der Serben in Mazedonien hin. Die Arbeitsgruppe der Internationale Konferenz für das ehemalige Jugoslawien bemühte sich

zudem nachdrücklich um eine Verhandlungslösung bei Interessenskonflikten zwischen den Serben und der mazedonischen Regierung. In diesem Fall verhinderten besonders die Faktoren auf der Ebene der Handlungsfähigkeit der Gruppe und der internationalen Möglichkeitsstruktur eine Eskalation.

Der ethnische Konflikt zwischen Roma und Mazedoniern verlief während des gesamten Untersuchungszeitraums ebenfalls gewaltfrei. Die Analyse der Faktoren zeigt, dass die Handlungsfähigkeit der Roma sehr beschränkt war, ihre Gruppenidentität war schwach entwickelt und sie siedelten zerstreut, was eine Mobilisierung erschwerte. Gleichzeitig bestanden Anreize zu kollektiven Handeln in Form von Diskriminierung. Die mangelnde Handlungsfähigkeit der Gruppe wirkte jedoch stark gewaltverhindernd. Die Untersuchung der innerstaatlichen Möglichkeitsstruktur dieser ethnischen Gruppe zeigte, dass die Roma nicht in der Regierung und nur in geringem Maße im Parlament repräsentiert waren und auf diesem Weg wenige ihrer Vorstellungen einbringen konnten. Allerdings reagierte die Regierung sehr schnell und nachhaltig auf Forderungen der Roma. Präsident Gligorov setzte sich ebenfalls nachhaltig für deren Interessen ein. Die innerstaatliche Möglichkeitsstruktur wirkte - zusätzlich zur Handlungsfähigkeit - einer Gewalteskalation entgegen. Auf internationale Ebene fanden die Anliegen der Roma besonders beim Hohen Kommissar für nationale Minderheiten der OSZE einen zuverlässigen Fürsprecher, der Druck auf die mazedonische Regierung ausübte. Beim ethnischen Konflikt zwischen Roma und Mazedoniern spielte vor allem die schwach ausgeprägte Handlungsfähigkeit dieser Gruppe, das schnelle und entgegenkommende Handeln der Regierung eine entscheidende Rolle für das Ausbleiben von Gewalt bei der Austragung dieses Konfliktes.

Hagen Ettner: „Das Sverdlovsker Gebiet im rußländischen föderativen System. Ein Beitrag zum Stand des Föderalismus in Rußland“ (Magisterarbeit 2004)

Das Auseinanderbrechen der Sowjetunion ging einher mit einer umfassenden Machtverlagerung vom Moskauer Zentrum weg auf kleinere, substaatliche Einheiten. Wenn auch formal föderal organisiert, stellte die Sowjetunion in der Praxis doch einen Einheitsstaat mit föderativem Anstrich dar, in dem alleine ethnisch definierten territorialen Einheiten ein gewisses Maß an Eigenständigkeit und Mitbestimmung bei gesamtstaatlichen Entscheidungen zugestanden wurde. Die rein administrativen Einheiten – darunter auch das Gebiet Sverdlovsk, das im Zentrum der Arbeit steht – wurden demgegenüber in aller Regel zentralistisch regiert und traten erst im Erosionsprozeß der Sowjetunion als Subjekte föderaler Machtteilung auf.

In einem kurzen Theorieteil geht es zunächst darum darzulegen, welche Funktionen Föderalismus erfüllt bzw. erfüllen kann und welche Institutionen beim föderalen Staatsaufbau relevant sind. Danach wird aufgezeigt, daß die Ausweitung föderaler Arrangements im Falle Rußlands sowohl „von unten“ als auch „von oben“ forciert wurde. Die Regionen, vor allem die nationalen Republiken innerhalb der RSFSR, hatten vor dem Hintergrund der „Parade der Souveränitäten“ und den Auflösungserscheinungen der Sowjetunion die Chance genutzt, ihre Selbständigkeit auszuweiten. Gleichzeitig versuchten Boris El'cin und Michail Gorbachev in ihrem Machtkampf um den Fortbestand der Sowjetunion die Regionen durch taktische Zugeständnisse hinter sich zu bringen. Föderalismus erschien als Mittel der Wahl, um sowohl mehr Selbstbestimmung der Regionen zuzulassen als auch die Gefahr des territorialen Auseinanderbrechens zu bannen. Der Föderalismus Rußlands „ererbte“ vom sowjetischen Föderalismus und vom Machtkampf zwischen El'cin und Gorbachev nicht nur die territorialen Grenzen innerhalb der Rußländischen Föderation, sondern auch die föderalen Machtverhältnisse. Prägend für die weitere Entwicklung blieb eine Ungleichheit zwischen ethnisch und nicht ethnisch definierten territorialen Einheiten. Die einseitige

Machtverlagerung „nach unten“ endete zwar mit der Konsolidierung der rußländischen Zentralmacht, aber dennoch blieb die Machtverteilung zwischen den beiden staatlichen Ebenen umstritten.

Welche Rolle das Sverdlovsker Gebiet in Rußlands Föderationsgefüge einnimmt, wird danach in den Blick genommen. Der beträchtliche Einfluß des Gebiets gründet sich hauptsächlich auf die wirtschaftliche Potenz und die rüstungswirtschaftliche Bedeutung, auf die politische Unterstützung für den Reform- und Demokratisierungsprozeß Rußlands – Sverdlovsk ist die Herkunftsregion des Präsidenten El'cin – und auf eine historisch „gewachsene“ Eigenständigkeit.

Im nächsten Schritt werden die föderalen Beziehungen zwischen dem Zentrum und dem Gebiet Sverdlovsk in den Blick genommen. Zentral ist dabei der Konfliktgegenstand, der in der Machtverteilung – der formalen Kompetenzverteilung und dem eigenständigen Zugriff auf finanzielle Ressourcen – zwischen den beiden Ebenen ausgemacht wird. Ausgehend vom Versuch der Gebietsführung, durch die Aufwertung Sverdlovsk zu einer Republik vor allem umfassendere wirtschaftliche Eigenständigkeit durchzusetzen, über die Verabschiedung der föderalen Verfassung und der darauf folgenden Bilateralisierung der föderalen Beziehungen bis zum Bedeutungsverlust der bilateralen Verträge wird die wechselnde Verhandlungsmacht zwischen Moskau und Sverdlovsk in den 1990er Jahren gezeigt.

Daraufhin werden die Machtressourcen der politischen Elite des Sverdlovsker Gebiets im Verlauf dieser Entwicklung untersucht. Besondere Bedeutung kommt der Legitimitätsbasis zu, die sich auf demokratische Wahlen und den Rückhalt durch eine regionale Identität gründet. Diese Ressourcen wurden Mitte der 1990er Jahre maßgeblich durch den Gebietsgouverneur Édouard Rossel' erschlossen. Darüber hinaus fungierten Parteien im Sverdlovsker Gebiet als Organisationen regionaler Interessenartikulation. Besonders seit der Präsidentschaft Putins wurde jedoch das ohnehin fragile „Parteiensystem“ durch eine neue Parteiengesetzgebung zentralisiert. Es besteht eine zunehmend enger werdende organisatorische und personelle Verzahnung der Parteien auf Bundes- und Gliedstaatenebene, so daß Parteien als regionale Interessenvertretungen an Bedeutung verlieren.

Abschließend werden die föderalen Institutionen unter Putin und damit die „Spielregeln“ untersucht, nach denen Konflikte in den föderalen Beziehungen reguliert werden. Vor allem anhand des Föderationsrats, des Verfassungsgerichts und der durch „administrative Reformen“ eingeführten sieben föderalen Kreise wird gezeigt, wie Putin durch institutionelle Veränderungen Machtressourcen wieder zentralisierte.

Die Fallstudie veranschaulicht insgesamt, daß der Föderalismus in Rußland bisher nicht auf einer stützenden föderalen politischen Kultur basiert, was sich sowohl auf gesamt- als auch auf gliedstaatlicher Ebene zeigt. Das Zentrum neigt zur Zentralisierung der Macht, wenn sich der Anlaß bietet und die eigene Stärke es erlaubt. Die Gebietsführungen verstehen föderale Arrangements oft nur als Instrumente zum eigenen Machterhalt. Solange Föderalismus lediglich Ausdruck der Kräfteverhältnisse zwischen dem Zentrum und den Regionen ist, steht der rußländische Föderalismus auf tönernen Füßen.

Andreja Stipanovič: „Direkte Demokratie im neuen Slowenien“ (Magisterarbeit 2004)

Gegenstand der Arbeit ist die Untersuchung bestehender direktdemokratischer Verfahren in Slowenien seit der Unabhängigkeit des Staates im Jahre 1990. Die Studie geht somit der direkten Demokratie als ergänzender Komponente des Verfassungssystems eines Landes nach, das oftmals als vorbildlich für den ökonomischen und politischen Reformprozess nicht nur im ehemaligen Jugoslawien sondern auch im gesamten postkommunistischen Europa gilt. Nach einer kurzen Einführung und Charakterisierung der in der Welt bestehenden Erscheinungsformen direkter Demokratie als Ergänzungen zur repräsentativen Demokratie

(Referendum, Volksbefragung, Volksinitiative, Volksbegehren, Volksentscheid, Petition mit den entsprechenden Unterformen fakultativ und obligatorisch, vorhergehend und nachträglich, national und regional-lokal etc.) und deren Verbreitung, behandelt die Autorin zunächst die in der Verfassungswirklichkeit der SFR Jugoslawien und ihrer Teilrepublik praktisch bedeutungslosen, aber im Übergang zur Unabhängigkeit nicht unwichtigen direktdemokratischen Elemente der kommunistischen Verfassungen. Das in diesen enthaltene Austrittsrecht der nationalen Republiken wurde in Plebisziten operationalisiert. Damit scheint eine günstige Vorbedingung für die Einführung von direktdemokratischen Elementen in die neue Verfassung Sloweniens gegeben gewesen zu sein.

Es folgt eine detaillierte Untersuchung der der slowenischen Bevölkerung zur Verfügung stehenden direktdemokratischen Verfahren, die in der am 23. Dezember 1991 vom slowenischen Parlament verabschiedeten und bis heute nur geringfügig veränderten Verfassung des souveränen Staates verankert sind. Es werden zunächst die verschiedenen Formen des Referendums (Verfassungsreferendum, Gesetzesreferendum, beratendes und lokales Referendum) behandelt, im Anschluss die entsprechenden Formen der Volksinitiative zur Veranlassung von Volksabstimmungen dargelegt, und abschließend das Petitionsrecht kurz angesprochen, jeweils an Beispielen illustriert.

Als Ergebnis stellt die Autorin fest, dass Slowenien eine Ausnahmeposition in Europa und der Welt einnimmt, was die Möglichkeiten direkter Beteiligung der Wählerschaft am politischen Leben in ihrem Land betrifft. Bis auf das Abberufungsrecht hat der kleine Staat alle in der Welt gängigen direktdemokratischen Verfahren in seiner Verfassung beziehungsweise in gesonderten Gesetzen aufgenommen. Dennoch kommen in der Realität viele von ihnen nur selten zur Anwendung. Bisher fand noch kein Verfassungsreferendum statt, ansonsten nur sechs Gesetzesreferenda und zwei beratende Referenda. Die Volksinitiative konnte aufgrund der benötigten Zustimmung von zwei Drittel der Abgeordneten des Parlaments bisher nur zwei Mal durchgesetzt werden. Sehr breit ausgelegt ist in Slowenien hingegen das Petitionsrecht, das nur minimale Einschränkungen durch die Verfassung erfährt und somit von allen direktdemokratischen Verfahren am meisten genutzt wird.

Bastian Veigel: „Internationale Verwaltung im Kosovo. Staatsbildung und Machtteilung zur Klärung des Status?“ (Diplomarbeit 2004)

Gegenstand der Arbeit ist die internationale Verwaltung des Kosovo (United Nations Interim Administration Mission in Kosovo – UNMIK). In diesem Rahmen unternimmt der Autor eine theoretische und empirische Beurteilung des Erfolgs der im UN-Mandat enthaltenen makropolitischen Ansätze zur Konfliktregulierung. Diese wurden vor allem mit dem Ziel eingeführt, die Klärung der ungelösten Frage nach dem endgültigen völkerrechtlichen Rang der südserbischen Provinz Kosovo zu erleichtern. Die Arbeit beschreibt den internationalen Aufbau des Gewaltmonopols und der Rechtsstaatlichkeit und geht der Frage nach, warum die machteilenden Institutionen der Selbstverwaltung nicht erfolgreich sind.

Die UNMIK hat im Rahmen der Umsetzung ihres Mandats weitgehend erfolgreich eine Fremdverwaltung aufgebaut, die in ihren wesentlichen Punkten die Eigenschaften eines Staates trägt. Die internationale Verwaltung hat es aber bisher nicht geschafft, die Bildung einer politischen Gemeinschaft zu erleichtern, welche diese Staatlichkeit dauerhaft trägt. Dies ist nicht gelungen, obwohl die im Kosovo angewandte Konzeption der Machtteilung (engl. „power-sharing“) als erfolgversprechende Form der Konfliktregulierung gilt, weil sie über die Gestaltung politischer Institutionen Kooperation, Konsens und interne Einigung fördert. Diese politische Struktur, die für Konkordanzdemokratien (engl. „consociational democracy“)

typisch ist, gilt als Möglichkeit, tief gespaltene Gesellschaften dauerhaft zu befrieden und einen Ausweg aus dem Bürgerkrieg zu deuten.

Die These der Arbeit ist, daß der ungeklärte völkerrechtliche Status des Kosovo selbst das Hauptproblem für die Durchsetzung einer Kooperation zwischen den Volksgruppen darstellt. Dieser Zustand hat eine umfassende Legitimation der Institutionen der international aufgebauten Staatlichkeit bisher verhindert. Die Klärung der Statusfrage ist daher nicht leichter geworden, sondern immer noch genauso umstritten wie 1999. Durch diesen Mißerfolg verliert zudem auch das Mittel, die Selbstverwaltung vorzubereiten – die Fremdverwaltung selbst – zunehmend an Legitimität. Damit gefährdet der ungeklärte Status des Kosovo den Erfolg der UNMIK überhaupt.

5 VERÖFFENTLICHUNGS- UND VERMITTLUNGSAKTIVITÄTEN DER MITARBEITERINNEN UND MITARBEITER

5.1 PUBLIKATIONEN

Egbert Jahn

Die Außenpolitik Rußlands, in: Knapp, Manfred - Krell, Gert (Hg.), Einführung in die Internationale Politik. Studienbuch, 4. überarbeitete und erweiterte Aufl., München-Wien: Oldenbourg 2004, S. 250-284

Intervention und Recht: Zum Widerspruch zwischen dem allgemeinen Interventionsverbot und einem Interventionsgebot bei Völkermord, in: Albert, Mathias – Moltmann, Bernhard – Schoch, Bruno (Hg.): Die Entgrenzung der Politik. Internationale Beziehungen und Friedensforschung. Festschrift für Lothar Brock zum 65. Geburtstag, Frankfurt – New York: Campus 2004, S. 65-94

Demokratievorstellungen in der Geschichte des Sozialismus und Kommunismus, in: Kaiser, André – Zittel, Thomas (Hg.): Demokratieentwicklung und Demokratietheorie. Festschrift für Peter Graf Kielmansegg, Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften 2004, S. 101-140

Russland innerhalb und außerhalb Europas, in: Gorzka, Gabriele – Schulze, Peter W. (Hg.): Wohin steuert Russland unter Putin? Der autoritäre Weg in die Demokratie, Frankfurt – New York: Campus 2004, S. 389-419

Staatlichkeit und Nationalbewußtsein. Die Rußländische Föderation: rußländischer Multinationalstaat oder russischer Nationalstaat, in: Beer, Mathias (Hg.): Auf dem Weg zum ethnisch reinen Nationalstaat? Europa in Geschichte und Gegenwart. Tübingen: Attempto 2004, S. 159-195

Der Holodomor im Vergleich. Zur Phänomenologie der Massenvernichtung, in: Osteuropa 54 (12/2004), S. 13-32

Rolf Peter

(gemeinsam mit Marek Bieniek und Volker Weichsel): Integration, Kooperation, Konfrontation? Vorstellungen zur Gestalt des europäischen Ordnungsystems in Polen, der

Tschechischen Republik und Russland, in: Einheit in der Vielfalt? Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas. (Internationales Kolloquium zur Förderinitiative der Volkswagen-Stiftung). Leipzig 2004, S. 121 – 127

Astrid Sahn

(gemeinsam mit Sapper, Manfred und Weichsel, Volker) (Hrsg.): Konturen und Kontraste. Belarus sucht sein Gesicht, Berlin 2004 [Osteuropa, 54. Jg., H. 2], 266 S.

Gesellschaft als eigenständige Veranstaltung, in: Osteuropa, 54 Jg., H. 2, S. 96-110

Sovremennye tendencii razvitija nacional'nogo gosudarstva [Aktuelle Entwicklungstendenzen des Nationalstaats], in: Ulachovič, Vladimir u.a. (Hg.): Voprosy meždunarodnych otnošenij i vnešnej politiki Respubliki Belarus' [Fragen der internationalen Beziehungen und der Außenpolitik der Republik Belarus'], Minsk 2004, S. 72-75

Wie kann westliche Transformationsförderung ihrem Demokratisierungsanspruch gerecht werden? Nachwort zu Andreas Umland: Westliche Förderprogramme in der Ukraine, Forschungsstelle Osteuropa Bremen, Arbeitspapiere und Materialien, Nr. 63, Dezember 2004, S. 40-43

Susan Stewart

Stewart, Susan: Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine. Münster: LIT-Verlag [Studien zu Konflikt und Kooperation in Osteuropa / Nr. 12] [Im Druck].

Stewart, Susan: The Role of International and Local NGOs in the Transformation of the Georgian-Abkhazian Conflict, The Global Review of Ethnopolitics, 2004: 3, Heft 3-4, S. 3-22, [www.ethnopolitics.org].

Stewart, Susan: The Tatar Community in Ukraine. S. 703-708 in: Karl Cordell and Stefan Wolff (Hrsg): The Ethnopolitical Encyclopedia of Europe. Houndmills and New York: 2004.

Stewart, Susan: Ukraine: an Overview. S. 698-700 in: Karl Cordell and Stefan Wolff (Hrsg): The Ethnopolitical Encyclopedia of Europe. Houndmills and New York: 2004.

5.2 FORSCHUNGSaufenthalte, Vorträge und Konferenzen

Egbert Jahn

22.-24.01.2004 „Zur Vermittlung von Integrationsprozessen in der GUS und in Gesamteuropa nach den Vorstellungen rußländischer politischer Akteure“ (mit Rolf Peter), Kurzvortrag beim Internationalen Kolloquium zur Förderinitiative der Volkswagen-Stiftung „Einheit in der Vielfalt? Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas“ in Leipzig

- 04.-06.03.2004 „Wandel der Landkarten: Geschichte und Zukunft des Europa-Begriffs, Vortrag auf der Tagung „Erwartungen an Europa“ der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde in Warschau
- 05.05.2004 „Felder gemeinsamer europäischer und differenter nationaler Politik in den transatlantischen Beziehungen“, Teilnahme an der Podiumsdiskussion „The Future Transnational Relations – EU vs. USA?“ AIESEC mit Peter W. Bodde, Cem Özdemir, Dieter Bingen, Manfred Perlitz der in der Universität Mannheim
- 06.-08.05.2004 Teilnahme am 6. Schlangenbader Gespräch „Politik der Hegemonie – Hegemonie der Politik? Die neue internationale Ordnung“ der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung in Bad Schlangenbad/Taunus
- 12.-25.09.2004 Forschungsaufenthalt in Baku/Aserbaidshan, Tiflis/Georgien und Jerwan/Armenien
- 18.-20.11.2004 Modernisierung und ihre Widersprüche: Konsens oder Konflikte in der Herrschaftselite, Vortrag im 7. Schönefelder Kreis „Demokratie und Modernisierung – ein lösbarer Widerspruch? Rußland in der globalisierten Welt“ in Kassel

Rolf Peter

- 22.01.-24.01.04 Teilnahme am Internationalen Kolloquiums zur Förderinitiative der Volkswagen-Stiftung: „Einheit in der Vielfalt? Grundlagen und Voraussetzungen eines erweiterten Europas“; Vortrag: "Integration, Kooperation, Konfrontation? Vorstellungen zur Gestalt des europäischen Ordnungssystems in Polen, der Tschechischen Republik und Rußland“

Astrid Sahn

- 19.-21.02.2004 Mitorganisatorin und Moderatorin der Deutsch-belarussischen Partnerschaftskonferenz „Initiativen und Partnerschaften im gemeinsamen Haus Europa“ in der IBB Minsk
- 04.-06.03.2004 Kommentatorin beim Panel „Hat Integration eine Chance?“ im Rahmen der dgo-Jahrestagung „Erwartungen an Europa“ im Deutschen Historischen Institut Warschau
- 25.-27.03.2004 Mitorganisation und Pannelleitung beim Minsk-Forum VII „Deutschland Polen – Belarus. Neue Nachbarschaft nach der EU-Erweiterung“ in Minsk
- 12.05.2004 „Weißrussland. Neues Grenzland des größeren Europas“. Vortrag an der Erziehungswissenschaftlichen Fakultät der Universität Leipzig im Rahmen der Europawoche

- 09.06.2004 Vortrag über die aktuelle Lage in Belarus beim Arbeitskreis Belarus in der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- 06.11.2004 Teilnahme an der Konferenz „Eastern Policy put to the test: Elections in Belarus and Ukraine“, durchgeführt vom Center for International Relations und der Konrad-Adenauer-Stiftung in Warschau
- 11.11.2004 Mitwirkung an der Veranstaltung „10 Jahre Internationale Bildungs- und Begegnungsstätte“ in Minsk
- 14.12.2004 Vortrag über die aktuelle Lage in Belarus beim Arbeitskreis Belarus an der Stiftung Wissenschaft und Politik, Berlin
- 15.12.2004 Mitorganisatorin der Veranstaltung „Belarus nach den Parlamentswahlen“ in Berlin, durchgeführt von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde und der deutsch-belarussischen Gesellschaft mit Unterstützung des Auswärtigen Amts

Susan Stewart

- 18.01.2004 Nationale Minderheiten in der Ukraine, Deutsche Welle, Interview
- 06.02.2004 Der 60. Jahrestag der Deportation der Krimtataren, Deutsche Welle, Interview
- 18.-21.07.2004 Teilnahme an der Tagung "Association for the Study of Nationalities Special Convention", Warschau, Vortrag: Ethnopolitics and Ideology in Ukraine: The Cases of Citizenship Policy and Ethnic Minority Representation
- 01.10.2004 Der EU-Beitritt der Türkei, Interkulturelle Woche, Worms/Diakonisches Werk, Vortrag
- 03.12.2004 Teilnahme an der Tagung "Nachhaltige Beziehungen: Baden-Württemberg und das neue Europa", Stuttgart

6 LEHRVERANSTALTUNGEN

Egbert Jahn

Sommersemester 2004:

- Vorlesung: „Krieg und Frieden in der internationalen Gesellschaft“
„Politische Streitfragen in zeitgeschichtlicher Perspektive“
- Hauptseminar: „Gewaltfreie Politik im internationalen System“
- Übung für Fortgeschrittene: „Historische Vorbilder gewaltfreier Konfliktregulierung“
- Seminar für Examenskandidaten: „Ausgewählte Probleme der Politikwissenschaft“

Wintersemester 2004/2005:

- Vorlesung: „Die Entwicklung der internationalen Gesellschaft“
- Proseminar: „Grundbegriffe der Politikwissenschaft und der Zeitgeschichtswissenschaft“
- Hauptseminar: „Aufstieg und Niedergang des Sozialismus und Kommunismus“
- Seminar für Examenskandidaten: „Ausgewählte Probleme der Politikwissenschaft“

Astrid Sahn

Sommersemester 2004:

- Grundseminar: „Das politische System der Bundesrepublik Deutschland in vergleichender Sicht“
- Proseminar: „Perspektiven der europäischen Integration nach der EU-Osterweiterung“

7 BIBLIOTHEK

Die von dem Forschungsschwerpunkt beschafften umfangreichen Bibliotheksbestände umfassen westsprachige (vor allem deutsch- und englischsprachige) sowie ostsprachige (vor allem russische, ukrainische, weißrussische, tschechische, slowakische und auch einige litauische) Bücher, Zeitschriften, Zeitungen, Statistiken, Dokumente und graue Literatur. Seit Dezember 1996 befinden sie sich in zwei benachbarten Bibliotheken: in der Europabibliothek des Mannheimer Zentrums für Europäische Sozialforschung (EB), L7, 1 und in der Bibliothek der Fakultät für Sozialwissenschaften, Seminargebäude A5. In letzterer sind die westsprachige Osteuropaliteratur und der russischsprachige Buchbestand konzentriert, in der EB vor allem der Bestand an ostsprachigen Periodika (Zeitschriften und Zeitungen).

Insgesamt enthalten die Bibliotheken rund 3000 ostsprachige Bände und ca. 200 Zeitschriften und Zeitungen aus Ostmittel- und Osteuropa. Inhaltlich erstreckt sich der Literaturbestand auf die Forschungsgebiete Außen-, Sicherheits- und Bündnispolitik, Nationalismus und Nationalitätenpolitik, Politische Ökologie, Militärwesen, Regionen und Föderalismus, Geschichte, Soziologie und Verfassungspolitik.

Studien zu Konflikt und Kooperation im Osten

- Band 1 Astrid Sahn, Die weißrussische Nationalbewegung nach der Katastrophe von Tschernobyl (1986-1991), Lit Verlag, Münster 1994, 150 S., ISBN 3-8947-3831-6
- Band 2 Manfred Sapper, Die Auswirkungen des Afghanistan-Krieges auf die Sowjetgesellschaft. Eine Studie zum Legitimitätsverlust des Militärischen in der Perestrojka, Lit Verlag, Münster 1994, 480 S., ISBN 3-8258-2053-X
- Band 3 Heribert Seubert, Zum Legitimitätsverfall des militarisierten Sozialismus in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 350 S., ISBN 3-8258-2325-3
- Band 4 Ninel Danos, Wirtschaft und Verteidigung: Bestandsaufnahme des Umbruchs in Osteuropa, Lit Verlag, Münster 1995, 142 S., ISBN 3-8258-2037-8
- Band 5 Frank Wilhelmy, Der Zerfall der SED-Herrschaft. Zur Erosion des marxistisch-leninistischen Legitimitätsanspruches in der DDR, Lit Verlag, Münster 1995, 340 S., ISBN 3-8258-2456-X
- Band 6 Egbert Jahn, Issledovanija problem mira v period i posle konflikta Vostok-Zapad. Stat'i poslednich 20 let, Lit Verlag, Münster 1997/Progress Verlag, Moskau 1997, 346 S., ISBN 3-78258-3042-X
- Band 7 Astrid Sahn, Transformation im Schatten von Tschernobyl. Umwelt- und Energiepolitik im gesellschaftlichen Wandel von Belarus und Ukraine, Lit Verlag, Münster 1999, 472 S., ISBN 3-8258-4549-4
- Band 8 Claudia Wagner, Rußlands Krieg in Tschetschenien. Politische Transformation und militärische Gewalt, Lit Verlag, Münster 2000, 220 S., ISBN 3-8258-4670-9
- Band 9 Volker Weichsel, Westintegration und Rußlandpolitik der Tschechischen Republik, Lit Verlag, Münster 2000, 136 S., ISBN 3-8258-4833-7
- Band 10 Bernd Rosenbusch, Die Bedeutung inner- und zwischenstaatlicher Konflikte für die Kooperation und Integration der ASEAN-Staaten, Lit Verlag, Münster 2003, 296 S., ISBN 3-8258-6583-5
- Band 11 Andrijana Preuss, Friedensaufbau durch internationale Polizeieinsätze in ethnopolitischen Konflikten Bosnien-Herzegowinas am Beispiel der WEU-Polizei in Mostar, Lit Verlag, Münster 2005, 144 S., ISBN 3-8258-8087-7
- Band 12 Susan Stewart, Explaining the Low Intensity of Ethnopolitical Conflict in Ukraine, Lit Verlag, Münster 2005, 264 S., ISBN 3-8258-8331-0

Veröffentlichungen in anderen Buchreihen

Bernhard Moltmann/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Die Folgen von Tschernobyl. Herausforderungen und Auswege, Haag und Herchen, Frankfurt 1994, 207 S., ISBN 3-86137-141-3

Mariana Hausleitner, Die sowjetische Osteuropapolitik in den Jahren der Perestrojka, Campus, Frankfurt 1994, 309 S., ISBN 3-593-35200-1

Egbert Jahn/Rudolf Wildenmann (Hg.), Stability in East Central Europe? Stabilität in Ostmitteleuropa? Studien zur gesellschaftlichen Entwicklung, Band 13, Nomos, Baden-Baden 1995, 213 S., ISBN 3-7890-3852-0

Manfred Sapper, Großmachtspolitik ohne Großmachtressourcen. Rußlands Irak- und Nahostpolitik, HSFK-Report 1/1999, Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung, Frankfurt 1999, 54 S., ISBN 3-933293-12-X

FKKS-Sonderveröffentlichungen

Periodika der Sozialwissenschaften und Zeitgeschichte aus Ostmittel- und Osteuropa. Bibliographie und Verzeichnis der Bestände in Baden-Württemberg und Hessen, April 1997

Egbert Jahn/Astrid Sahn/Manfred Sapper (Hg.), Konflikt- und Kooperationsstrukturen in Osteuropa. Momentaufnahmen der Transformation Europas, Dezember 1997

Gerard Holden, International Relations During and After the Cold War. A Comparative Approach to Intellectual History and Culture, März 1998

Manfred Sapper (Hg.), Litauen, Lettland und die Europäisierung Europas. Eine Reise zur Osterweiterung des europäischen Denkens, Januar 2000

Untersuchungen des FKKS

- 1/1992 Egbert Jahn, Der Umbruch in Osteuropa. Eine Herausforderung an Politik, Wirtschaft und Wissenschaft
- 2/1992 Manfred Sapper, Das sowjetische Militär und die Nationalitätenkonflikte
- 3/1992 Arvydas Juozaitis, The Lithuanian Independence Movement and National Minorities
- 4/1992 Egbert Jahn, Nationalismus und Demokratie - Einheit oder Widerspruch?
- 5/1993 Astrid Sahn, Die Auswirkungen der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl in der Republik Belarus, der Russischen Föderation und der Ukraine. Eine Orientierungshilfe
- 6/1994 Peter Bonin, Rußland und der Krieg im ehemaligen Jugoslawien
- 7/1995 Olga Wassiljewa, Konflikte im Nordkaukasus. Ursachen, Verlauf und Perspektiven
- 8/1995 Alexander Grossman, Den Krieg gewonnen, den Frieden verloren? Rußland und der 50. Jahrestag des Sieges im Zweiten Weltkrieg
- 9/1995 Astrid Sahn, Die gescheiterten Parlamentswahlen in Belarus. Eine regional differenzierende Analyse
- 10/1996 David Oberhuber, Rußlands Nuklearsektor zehn Jahre nach Tschernobyl. Kontinuität im Wandel
- 11/1996 Michael Zimmermann, Zigeunerpolitik im Stalinismus, im „realen Sozialismus“ und unter dem Nationalsozialismus. Eine Untersuchung in vergleichender Absicht
- 12/1996 Gediminas Vitkus, Lithuanian-Russian Relations in 1990-1995. A Study of Lithuanian Foreign Policy
- 13/1997 Alexandr Kokejew/Georgi Otyrba, Der Weg in den Abchasien-Krieg
- 14/1997 Franz Preißler, Demokratische und autoritäre Einstellungen in der rußländischen Gesellschaft. Eine Studie zur politischen Kultur
- 15/1997 Elke Siehl, Privatisierung in Rußland
- 16/1997 Olaf Atja Lemmingson, Die Entwicklung von Bankensystem und Finanzmarkt in Rußland
- 17/1998 Johannes Baur, Kampf ums Öl? Wirtschaftliche und sicherheitspolitische Interessen der Rußländischen Föderation im Kaspi-Raum
- 18/1998 Irina Bugrova, Politische Kultur in Belarus. Eine Rekonstruktion der Entwicklung vom Großfürstentum Litauen zum Lukašenko-Regime
- 19/1998 Olga Abramova, Integration zwischen Realität und Simulation. Die belarussisch-rußländischen Beziehungen seit 1991
- 20/1999 Rolf Peter, Zwischen Konflikt und Kalkül. Die „nationale Frage“ in Kasachstan
- 21/1999 Guido Houben, Drogen in Rußland. Überlegungen zu Staat, Gesellschaft, organisiertem Verbrechen und internationaler Kooperation
- 22/1999 Manfred Sapper (Hg.), Rußland und der zweite Tschetschenienkrieg. Fakten, Hintergründe, Interpretationen
- 23/1999 Egbert Jahn, „Nie wieder Krieg! Nie wieder Völkermord!“ Der Kosovo-Konflikt als europäisches Problem
- 24/2000 Susan Stewart, Sprachenpolitik als Sicherheitsproblem in der Ukraine
- 25/2000 Andreas Reich, Politisches Patt in Tschechien. Ursachen, Konsequenzen, Perspektiven
- 26/2001 Timm Beichelt, Autokratie und Wahldemokratie in Belarus, Russland und der Ukraine
- 27/2002 Margarita M. Balmaceda, EU Energy Policy and Future European Energy Markets. Consequences for the Central and East European States
- 28/2002 Tadeusz Olszański, Die Ukraine und Rußland. Von der Desintegration zur Reintegration?
- 29/2002 Patrizia Hey, Die Gewerkschaftsregionen als Überlebensgarant der polnischen Solidarność-Bewegung. Struktur und Arbeitsformen in Niederschlesien
- 30/2004 Margarita M. Balmaceda, Explaining the Management of Energy Dependency in Ukraine. Possibilities and Limits of a Domestic-Centered Perspective